

# BESCHLUSS

---

des Bundesvorstandes der FDP, Berlin, 17. September 2007

---

Der Bundesvorstand der Freien Demokratischen Partei hat auf seiner Sitzung am 17. September 2007 beschlossen:

## **Eine zukunftsorientierte Integration von Migranten macht Deutschland erfolgreich!**

Für Liberale ist die Bundesrepublik Deutschland schon lange ein Einwanderungsland. Heute weist bereits jedes dritte Kind unter 6 Jahren einen Migrationshintergrund auf. Dies verdeutlicht die Notwendigkeit der Integration, welche durch den demographischen Wandel noch verstärkt wird.

Integrationsprobleme betreffen sowohl Ausländer als auch Eingebürgerte sowie Spätaussiedler, die rechtlich immer Deutsche waren. Lange Jahre hat die Politik – auch die FDP – geglaubt, Integration geschehe von allein. Dies hat sich als Irrglaube erwiesen. Auch der deutsche Pass ist keine Gewähr für Integration.

Fordern und fördern, diese Grundprinzipien moderner Sozialpolitik müssen auch stärker für die Integrationspolitik gelten. Politik muss Angebote schaffen und auch die deutschen Unternehmen, Organisationen und Bürger sollten auf die Einwanderer zugehen. Aber jeder einzelne Mensch mit Migrationshintergrund ist in erster Linie selbst gefordert, Verantwortung für sich selbst und seine Familie zu übernehmen. Es muss verdeutlicht werden, dass der Aufenthalt im Zuwanderungsland nicht nur mit Rechten, sondern auch mit Pflichten verbunden ist.

Die Aufnahmegesellschaft muss im Gegenzug auch eine neue Willkommenskultur etablieren. Mit einer solchen Willkommenskultur kann Neuankommenden geholfen werden, erste Hürden zu überschreiten. Aber auch bereits lange hier lebende Migrantinnen und Migranten oder hier geborene Menschen mit familiärem Migrationshintergrund erhalten somit das Signal, dass sie als ebenbürtiger Teil der Gesellschaft willkommen sind und ihnen bei Integrationsschwierigkeiten Hilfe angeboten wird.

Verschiedene Kulturen sind immer eine Bereicherung für eine Bürgergesellschaft. Für die Vorteile einer hieraus erwachsenden gesellschaftlichen Vielfalt („Diversity“) muss auch in der Öffentlichkeit geworben werden. Hierfür ist es außerdem wichtig, eine nachholende Integration zu betreiben, um die bereits in Deutschland lebenden Migrantinnen und Migranten besser in die Gesellschaft zu integrieren. Wichtig ist, dass Integration als Chance verstanden wird. Nachhaltige Integrationspolitik ist volkswirtschaftlich sinnvoll, baut interkulturelle Kompetenzen auf, die im globalisierten Wettbewerb vorteilhaft sind, und stärkt damit den Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort Deutschland. Sie ist eine Querschnittsaufgabe für alle Politikbereiche.

Auch eine Gesellschaft in Vielfalt braucht ein gemeinsames Fundament. Dazu gehören für die deutsche Gesellschaft gute Kenntnisse der deutschen Sprache, Geschichte und Kultur sowie die vorbehaltlose Akzeptanz des Grundgesetzes und der Grundwerte, auf der unsere Verfassung beruht. Zu diesen Grundwerten gehören u.a. das Gewaltmonopol des Staates, die Gleichberechtigung von Mann und Frau sowie die Unterscheidung von Staat und Religion. Es gibt keine Toleranz gegenüber der Intoleranz und keine Freiheit, die Freiheit anderer auszuhehlen. Potenzielle Konflikte dürfen nicht mit einer sozialromantischen Verklärung von Unterschiedlichkeit zugeschüttet werden. Die individuellen Freiheitsrechte und Entwicklungsmöglichkeiten einzelner Migrantinnen und Migranten sind die Grenze für jede Akzeptanz kultureller Unterschiedlichkeit von Migrantengruppen.

Es wäre unverantwortlich, die Integration dem Zufall zu überlassen! Eine vernünftige Integrationspolitik muss daher klare Ziele und Grundsätze formulieren. Für die FDP bedeutet das:

- Unerlässlich ist das Beherrschen der deutschen Sprache, da diese der Schlüssel für eine erfolgreiche Integration ist.
- Deutschland braucht ein Bildungssystem, das Chancen eröffnet, Potenziale entfaltet und Bildungserfolge nicht von sozialer Herkunft abhängig macht.
- Eine durchgängige sprachliche Bildung im Übergang vom Kindergarten zur Grundschule muss sichergestellt werden.
- Maßnahmen in der Schul- und Bildungspolitik können nur Erfolg haben, wenn die Eltern beteiligt, angesprochen und in ihrer Sprach- und Erziehungskompetenz unterstützt werden. Denn die Eltern spielen die zentrale Rolle für die sprachliche, kognitive, emotionale und soziale Entwicklung ihrer Kinder.
- Integrationsmaßnahmen müssen so früh wie möglich ansetzen, systematisch und nachhaltig erfolgen. Außerdem müssen sie zielgruppenspezifisch erfolgen, sich also an den unterschiedlichen Bedarfslagen der Migrantengruppen orientieren.
- Integration funktioniert nur, wenn neben staatlichen Maßnahmen auch bürgerschaftliches Engagement, Kirchen, zivilgesellschaftliche Organisationen und vor allem Migrantinnen und Migranten selbst hieran beteiligt und eingebunden werden.
- Den Integrationsanstrengungen der Migrantinnen und Migranten muss eine Veränderung innerhalb der Aufnahmegesellschaft in dem Sinne entsprechen, dass sich ihre Institutionen, ihre politischen und administrativen Strukturen, ihre öffentliche Meinungsbildung und ihre kulturelle Entwicklung interkulturell öffnen.

Diese Integrationspolitik muss verbunden werden mit einem liberalen Bleiberecht und einer Zuwanderungsgesetzgebung, die eine nach den nationalen Interessen ausgerichtete Punkte-regelung mit jährlichen Zuwanderungskontingenten vorsieht.

## **1. Integration über Sprache – Bildung – Ausbildung – Beruf**

### **a) Sprache**

Für eine erfolgreiche Integration sind vor allem ausreichende Deutschkenntnisse unumgänglich, deren Erwerb für alle Altersstufen auch nachholend angeboten werden muss. Dafür ist die Ausgestaltung der Integrationskurse zu verbessern. Hierbei soll die Stundenzahl von bisher 600 auf mindestens 900 Stunden pro Kurs ausgebaut werden. Zudem sollen die Orientierungskurse von 30 auf mindestens 60 Stunden ausgebaut werden. Spezielle Kurse sollen für

Frauen und Mütter sowie für diejenigen eingeführt werden, die die lateinische Schrift erst erlernen müssen.

Die FDP fordert eine höhere Kostenerstattung für die Kursträger durch den Bund.

Innerhalb der Kurse muss zwischen den Teilnehmern differenziert werden. So ist es nicht zielführend, einen Analphabeten und einen Ingenieur mit den gleichen Mitteln (zeitlicher Aufwand, Methoden) auf einen ausreichenden Kenntnisstand bringen zu wollen. Erforderlich ist eine Trägerkooperation, um durch Austausch von Teilnehmern die Kursstruktur homogener zu machen. Eine solche Kooperation sollte als Kriterium für die Trägerzulassung aufgenommen werden. Einstufungstest sollten standardisiert und unabhängig von den Trägern in der Verantwortung der Ausländerbehörde durchgeführt werden.

Notwendig ist eine Abschlussprüfung für die Sprachkurse, verbunden mit dem Nachweis des Leistungsniveaus. Das ist zwingende Voraussetzung für eine bessere Qualitätskontrolle und ein transparentes Ranking der Träger.

Für Kursteilnehmer, die unentschuldig nicht zu den Integrationskursen erscheinen, sollte es wirksame sozialrechtliche Sanktionen geben. Um den zuständigen Behörden das Fernbleiben von Teilnahmeverpflichteten bei den Kursen offen zu legen, dürfen die Träger nicht den Fehl-anreiz haben, dass ihnen unentschuldigte Fehlstunden von der Förderung abgezogen werden.

Künftig sollten alle dauerhaft in Deutschland lebenden Menschen, die Deutsch nicht als Muttersprache haben, teilnahmeberechtigt an den Integrationskursen sein. Das gilt insbesondere auch für bereits Eingebürgerte oder Deutsche, die in einem anderen Land aufgewachsen sind.

Zusätzlich sollen Sprachkurse nach Möglichkeit schon im Herkunftsland wahrgenommen werden. Hier bietet das Goethe Institut eine Vielzahl von Kursen in vielen verschiedenen Ländern an. Die aktuell diskutierte Verpflichtung zum Spracherwerb im Heimatland für den Familiennachzug wird sich nicht in jedem Fall realisieren lassen und ist daher als Ausschlusskriterium abzulehnen.

Um Kindern die Integration zu erleichtern und um ihnen alle Bildungswege offen zu halten, sollen vor der Schuleingangsuntersuchung Sprachtests durchgeführt werden. Vorbild hierfür ist das liberal regierte NRW, wo alle Kinder mit vier Jahren eine Sprachstandsfeststellung absolvieren müssen. Sind die Sprachkenntnisse nicht ausreichend, wird ein entsprechender Kurs besucht. Mit fünf Jahren erfolgt dann der zweite Sprachtest und gegebenenfalls eine weitere Förderung. Die FDP strebt eine Einführung von Sprachstandsfeststellungen und anschließender Förderung spätestens mit drei bis vier Jahren in allen Bundesländern an.

Einige Kindergärten und Schulen sind vorbildlich für die Sprachförderung von Kindern mit Migrationshintergrund. Die vorhandenen guten Beispiele sind durch „Best Practice“-Workshops für die flächendeckende Verbesserung der Sprachförderung von Migrantenkindern zu nutzen. Dabei sind Erfahrungen zur optimalen Ressourcennutzung, zum Qualitätsmanagement und zur Bewältigung von Widerständen auf Seiten der Eltern besonders wichtig.

Kinder und Jugendliche, die erst im schulpflichtigen Alter nach Deutschland kommen, sollen Deutsch – Crashkurse absolvieren, bevor sie am Klassenunterricht teilnehmen, um zu ermöglichen, dass dem Unterricht dann auch gefolgt werden kann.

## b) Bildung

Der integrative Prozess ist frühzeitig zu beginnen, gestützt durch die Einführung eines beitragsfreien letzten Kindergartenjahres vor der Einschulung und dem Ausbau der Ganztagesbetreuung. Ziel ist es, den Zugang zu allen Bildungsgängen für Migrantinnen und Migranten zu verbessern. Dies soll durch gezielten Förderunterricht unterstützt werden. Wichtig hierbei ist die Einbeziehung der Eltern, indem ihnen der Wert der Bildung für die Zukunft ihrer Kinder wie beispielsweise durch Elternlotsen in Berlin-Moabit vermittelt wird. Deutsch als verbindliche Sprache auf dem Schulgelände ist wünschenswert. Dies dient der Sprachkompetenz und der Vermeidung eines negativen Sprachmixes aus Deutsch und Muttersprache, hilft aber auch dem Zusammenhalt der Schüler, da die Abgrenzung einzelner Gruppen über die Sprache zurückgedrängt wird. Die Teilnahme an Klassenfahrten und Sportunterricht muss verpflichtend sein. Die Schulpflicht steht für Liberale nicht zur Diskussion und sollte für Geduldete und Asylberechtigte ebenfalls gelten.

Hingegen dürfen Eltern nicht verpflichtet werden, in wohnortsfremde Schulen zu schicken, um die Zusammensetzung der Schülerschaft an bestimmten Schulen zu ändern.

Wo die Möglichkeit besteht, sollen im Rahmen des Fremdsprachenunterrichts oder freiwilliger Arbeitsgruppen auch Muttersprachen der Schülerinnen und Schüler aus Migrantenfamilien angeboten werden. Dies gilt zum einen, weil hierdurch das Verständnis für Grammatik verbessert und damit das Erlernen der deutschen Sprache erleichtert wird und zum anderen, weil die Wertschätzung der Muttersprache ihrer Familie das Selbstwertgefühl der Kinder und Jugendlichen stärkt und Mehrsprachigkeit ein Potenzial ist, das nicht verschenkt werden darf. Hausaufgabenhilfen und Patenschaften nach dem Vorbild z. B. der Integrationslotsen in Osnabrück und anderer erfolgreicher Modelle können die schulischen Leistungen von Migranten positiv beeinflussen.

Es soll erreicht werden, dass kein Jugendlicher die Schule ohne Abschluss verlässt.

## c) Ausbildung

Die Ausbildung stellt ebenfalls ein wichtiges Integrationsinstrument dar. Deshalb muss als Ziel gelten: Kein Jugendlicher ohne Ausbildung. Hierzu ist es nötig, die Vorurteile gegen Auszubildende mit Migrationshintergrund abzubauen. Nachweislich erhalten Jugendliche, die erkennbar keinen Migrationshintergrund haben, eine fünffach größere Chance, zu einem Bewerbungsgespräch eingeladen zu werden und einen Ausbildungsplatz zu bekommen.

Entscheidend für den Erfolg der Integrationspolitik ist die Sicherung und der Ausbau praxisorientierter Projekte vor Ort – gerade hinsichtlich des Übergangs von Schule und Beruf. Dazu gehören auf die Lebenssituation angepasste Beratung und Bewerbungstrainings, aber auch ehrenamtliche Mentoren (sog. Bildungspaten) aus der Wirtschaft.

Durch eine Kampagne bei Migranten – Unternehmern für höhere Ausbildungsbereitschaft können die Chancen jugendlicher Migranten auf einen Ausbildungsplatz erhöht werden. Zusätzlich sollen Ausbildungsgänge für eher praktisch begabte Jugendliche mit einer zweijährigen Ausbildungszeit angeboten werden. Auch der Hochschulanteil junger Migranten muss gesteigert werden.

Die Prozesse der Prüfung und Anerkennung von im Ausland erworbenen Schul-, Ausbildungs- und Hochschulabschlüssen sind weiterzuentwickeln und zu beschleunigen. Dies soll ebenso für dort erbrachte Teilleistungen gelten.

#### d) Beruf/Arbeitswelt

Das Beispiel der USA zeigt, dass die Integration, die über die Arbeitswelt erfolgt, durch einen flexiblen Arbeitsmarkt erleichtert wird. Hierzu ist es notwendig, Hemmnisse abzubauen. Jeder Migrant, der rechtmäßig oder geduldet in Deutschland lebt, soll das Recht haben, seinen Lebensunterhalt selbst zu verdienen.

Menschen mit Migrationshintergrund sind im öffentlichen Dienst unterrepräsentiert. Dabei können sie mit Sprachkenntnissen und interkultureller Kompetenz wichtige Beiträge zu einer kundenorientierten Verwaltung leisten. Die FDP regt daher an, bei Neueinstellungen auf eine angemessene Berücksichtigung dieser Kompetenzen zu achten. Eine Quote, wie sie zum Teil diskutiert wird, lehnen wir aber aus grundsätzlichen Erwägungen ab.

#### e) Selbständige

Zur Förderung von Selbständigen mit Migrationshintergrund fordert die FDP den Ausbau von spezifischen Beratungs- und Betreuungsmaßnahmen der Kammern, Wirtschaftsvereinigungen, Geldinstitute und Migrantenorganisationen für gewerbetreibende Migrantinnen und Migranten oder Existenzgründer. Zudem soll es mehr Ausbildungspartnerschaften zwischen Betrieben deutscher und ausländischer Inhaber geben. Wichtig sind auch die Erhöhung der Ausbildungsfähigkeit und Ausbildungsbereitschaft ausländischer Unternehmer.

## 2. Religion

Verschiedene Religionen gehören inzwischen zu Deutschland – auch der Islam. Wir Liberale empfinden einen Islam, der die Grundprinzipien der Aufklärung und des liberalen Rechtsstaats achtet, als Teil der deutschen Gesellschaft. Moslems in Deutschland dürfen nicht unter Generalverdacht stehen: Islam und islamischer Fundamentalismus sind genauso zu unterscheiden wie Christentum und christlicher Fundamentalismus. Deshalb appelliert die FDP an alle Gruppierungen der Gesellschaft, Fundamentalismus in den eigenen Reihen aktiv zu bekämpfen. Liberale werden sich jedem Fundamentalismus entgegen stellen, der die Freiheit des Einzelnen beschränken will. Werte und Glaube müssen in freier Entscheidung gelebt werden.

Im Bereich der Zuwanderung aus den Staaten der ehemaligen Sowjetunion sind viele Kontingentflüchtlinge jüdischen Glaubens. Hier leisten die jüdischen Gemeinden wichtige Integrationsarbeit.

Die Religionsgemeinschaften, religiösen Vereine und Gemeinschaften sind aufgrund ihres großen Einflusses auf ihre Mitglieder auch generell in der Pflicht, aktiv den Integrationsprozess zu unterstützen. Eine selbst gewählte Abschottung von Religionsgemeinschaften, religiösen Gruppen, Vereinen und Gemeinden von der deutschsprachigen Bevölkerung steht im Widerspruch zur Integration und ist nicht akzeptabel. Die Öffnung zum Dialog mit der Bevölkerung sowie anderen Religionsgemeinschaften und der erkennbare aktive Einsatz für die gesellschaftliche Integration sind notwendig. Konzepte wie z.B. das Projekt „offene Moschee“ in Mannheim sind dafür vorbildlich.

Sofern generell Religionsunterricht an staatlichen Schulen stattfindet, kann islamischer Religionsunterricht in deutscher Sprache ein Religionsverständnis fördern, das in das Wertesystem des Grundgesetzes eingebunden ist. Dazu sollen grundsätzlich die Religionslehrer in Deutschland ausgebildet werden und der deutschen Schulaufsicht unterliegen. Die Einrichtung von Lehrstühlen für islamische Theologie an deutschen Hochschulen ist für die Ausbildung von deutschsprachigen Imamen und muslimischen Religionslehrern erforderlich.

### 3. Jugend – Frauen – Senioren

#### a) Jugend

Gewaltprobleme unter jugendlichen Migranten, die sich unter anderem in Konflikten zwischen Jugendgangs türkischer Herkunft und Aussiedlern widerspiegeln, lassen sich nicht leugnen. Hier muss gezielt gegengesteuert werden. Ein Mittel der Integration ist der Sport, der eine wichtige integrative Funktion bieten kann. Zusätzlich sollen Angebote zur Integration unter anderem in der Kooperation von Jugendhilfe und Schule ausgebaut und durch aufsuchende Sozial-/Stadtteilarbeit ergänzt werden

#### b) Frauen

Migrantinnen, insbesondere Mütter, haben eine Schlüsselfunktion bei der Integration. Voraussetzung ist die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Mädchen mit Migrationshintergrund an allen gesellschaftlichen Bereichen. Migrantinnen müssen wie alle Frauen und Mädchen in Deutschland die Möglichkeit haben, ein eigenständiges selbst bestimmtes und gewaltfreies Leben zu führen.

Um die Integration von Frauen zu verbessern, sollen Projekte, die Migrantinnen bei Behördengängen unterstützen oder die wie die „Kiezmütter“ Einwanderfamilien bei vielen Fragen zu Erziehung, Bildung und Gesundheit beraten, gefördert werden. Gleichzeitig soll das Selbstwertgefühl von Frauen gestärkt werden. Dies kann z. B. durch die Organisation von internationalen Frauentreffs erreicht werden, die zusätzlich mit ihren Veranstaltungen zu einer gesellschaftlichen Einbindung von Frauen mit Migrationshintergrund und zu interkulturellen Begegnungen führen.

Viele Migrantinnen befinden sich in problematischen Familienverhältnissen, einige sind sogar von Zwangsheirat oder so genannten „Ehrenmorden“ bedroht. Auch wenn dies unter dem Deckmantel der Kultur oder der Religionsfreiheit geschieht, dürfen wir das unter keinen Umständen zulassen. Niemand darf sich auf Grundrechte berufen, um sie als Vorwand für Gewalt und Unterdrückung zu missbrauchen. Opfer- und Zeugenschutzprogramme sowie Schutzräume und Beratungen für von Zwangsheirat betroffene Frauen müssen ausgebaut werden. Wir halten es für sinnvoll, dem Beispiel Großbritanniens zu folgen und eine Task-Force einzurichten, die den Mädchen und jungen Frauen, die zwecks Zwangsverheiratung ins Ausland verbracht worden sind, eine schnelle Rückführung ermöglicht.

Die FDP fordert die muslimischen Organisationen im Land auf, sich stärker und lauter als bisher für die Gleichberechtigung von Frauen und Mädchen einzusetzen.

#### c) Senioren

Die erste Generation von Einwanderern hat das Rentenalter erreicht. Entgegen früherer Erwartungen gehen viele dieser damals als Gastarbeiter bezeichneten Menschen nicht in ihre frühere Heimat zurück, sondern bleiben in Deutschland. Die Politik hat sich darauf bisher in keiner Weise eingestellt. Fehlende Angebote führen zum Rückzug in die eigene „Community“ und zum Verlust bereits erworbener Sprachkenntnisse. Besonders schwierig wird die kulturelle Situation, wenn der Umzug in ein Alten- oder Pflegeheim erforderlich wird. Eine Lösung wie das erste türkische Altersheim in Berlin führt zwar zu Gemeinschaft, aber nicht zur Integration.

Eine gute Möglichkeit zur Integration bietet sich dagegen mit dem Einbeziehen älterer Migrantinnen und Migranten in ehrenamtliche Strukturen. Das Potential dieser Bevölkerungsgruppe

wollen wir als Bereicherung für die Bürgergesellschaft und als Bestätigungsmöglichkeit für die Menschen selbst nutzen.

#### **4. Gesundheit**

Im Bereich der Gesundheit gibt es nicht nur Schwierigkeiten bei der Verständigung zwischen Ärzten, Pflegekräften, Therapeuten und Patienten, sondern auch beim Verstehen des kulturellen und religiösen Kontextes der Patientinnen und Patienten. Hierbei sind unter anderem das ausgeprägte Schamgefühl vor allem in islamischen Kulturkreisen sowie kulturelle Aspekte bei der Pflege und auch der Palliativmedizin zu beachten.

Mütter mit Migrationshintergrund sollen über nötige Vorsorgeuntersuchungen ihrer Kinder aufgeklärt werden. Flyer und Präventionsbroschüren sind für diesen Zweck mehrsprachig zu verfassen, um auch Migranten die Möglichkeit zur Information zu eröffnen.

Die FDP fordert, dass Pflegedienste und Einrichtungen, Pflegekassen, Berufsverbände, Beratungs- und Koordinierungsstellen und Kommunen gemeinsam erörtern, wie die interkulturelle Kompetenz in der Pflege gefördert werden könnte. Außerdem sollen vermehrt Informations- und Beratungsangebote, z. B. durch regionale Gesundheitslotsen, angeboten werden.

#### **5. Politische Partizipation**

Politische Beteiligung auf Landes- und Bundesebene erfordert richtigerweise ein Bekenntnis zum deutschen Staat durch Annahme der deutschen Staatsangehörigkeit. Auf kommunaler Ebene sind EU-Bürger dagegen ebenfalls wahlberechtigt. Zur verbesserten schrittweisen Integration von Migranten in Entscheidungsprozesse, die ihr unmittelbares Umfeld betreffen, befürwortet die FDP die Ausweitung des kommunalen Wahlrechts auf Angehörige von Nicht-EU-Staaten, sofern die Ausländer fünf Jahre rechtmäßig in Deutschland leben.

Im Übrigen gibt es politische Mitwirkungsmöglichkeiten auch unterhalb des Wahlrechts. Die FDP lädt Migrantinnen und Migranten ausdrücklich ein, sich in Parteien, Bürgerinitiativen, Vereinen und Verbänden gemeinsam mit Bürgern deutscher Herkunft zu engagieren.

Die FDP fordert die staatlichen Ebenen auf, Migrantenorganisationen stärker in die aktuellen integrationspolitischen Fragen einzubeziehen und in die Verantwortung zu nehmen.

#### **6. Bürgerschaftliches Engagement**

Bürgerschaftliches Engagement – in Form von Selbsthilfevereinen, Familien- und Nachbarschaftshilfen, Kultur- und Sportvereinen, Jugendarbeit, Ausländerbeiräten, Elternarbeit und Schulhilfe – ist die treibende Kraft für die Integration. Bürgerschaftliches Engagement ist ein Zeichen der Identifikation mit dem Gemeinwesen, trägt wesentlich zum gesellschaftlichen Zusammenhalt bei und kann nicht stark genug gewürdigt und anerkannt werden. Zukünftig werden Projekte zum ehrenamtlichen Engagement einen Schwerpunkt der Integrationsförderung bilden.

Die FDP fordert, dass vermehrt Projekte gefördert werden, die der Förderung ehrenamtlicher Integrationshelfer dienen. Das gemeinsame Tun von Menschen mit und ohne Migrationshintergrund soll dabei im Vordergrund stehen.

Bereits erfolgreich integrierte Migrantinnen und Migranten sollten sich als Multiplikatoren für die Integration engagieren und dadurch Hilfe zur Selbsthilfe geben, aber auch als Vorbilder dienen. Wünschenswert wäre, dass sich mehr Migrantinnen und Migranten in ehrenamtlichen

Organisationen und Vereinen (z. B. Feuerwehren, THW, DLRG) engagieren und diese verstärkt um diese Bevölkerungsgruppe werben.

Es müssen Projekte entwickelt und gefördert werden, bei denen Ehrenamtliche Patenschaften für Familien mit Migrationshintergrund übernehmen und sie bei ihrer Integration unterstützen, vor allem, um jugendliche Migrantinnen und Migranten auf ihrem Weg des Übergangs von der Schule zum Beruf zu begleiten und zu unterstützen.

## **7. Integrationsforschung und Evaluation**

Die Entwicklungen der Integration von Migranten müssen systematisch erforscht werden, damit eine seriöse Integrationspolitik auch an den richtigen Stellen ansetzen kann.

Auf der Ebene des Unterrichts und der gezielten Förderung von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund liegen bislang kaum gesicherte wissenschaftliche Erkenntnisse darüber vor, welche Maßnahmen besonders wirksam sind. Zusätzlicher Forschungsbedarf besteht hier zur Wirksamkeit unterschiedlicher Sprachförderungskonzepte sowie zum Transfer erfolgreicher Ansätze der Integrationsförderung in den Schulalltag und zur Frage, wie die interkulturellen Kompetenzen von Jugendlichen mit Migrationshintergrund als positive Elemente in die Unterrichtsgestaltung eingebracht werden können.

Die Statistik muss neben dem ausländischen Pass unbedingt das Kriterium Migrationshintergrund oder nicht-deutsche Herkunftssprache in ihren Untersuchungen berücksichtigen. Integrationsmaßnahmen müssen wiederum regelmäßig auf ihre Wirksamkeit überprüft werden, denn nur so kann eine kontinuierliche Verbesserung dieser Maßnahmen erreicht und eine Nachhaltigkeit garantiert werden. Gerade bei der Evaluation von Integrationsmaßnahmen besteht erheblicher Nachholbedarf.

Die FDP unterstützt daher die Realisierung von Studien zur Erforschung von Integrationsthemen wie z. B. zur Bildungssituation der 2. und 3. Generation im Vergleich oder zum Thema Heiratsverhalten. Hinzu kommen muss die wissenschaftliche Begleitung und externe wie interne Evaluierung von Integrationsprojekten und Maßnahmen. Die so gewonnenen Erkenntnisse müssen in die Weiterentwicklung von Integrationsprogrammen einfließen.